

Hinweise zu den Rechten der Aktionäre

3. Auskunftsrecht des Aktionärs

(§ 131 Absatz 1 und 3 des Aktiengesetzes, § 1 Absatz 2 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 Halbsatz 1 des Covid-19-Gesetzes)

Fragen der Aktionäre sind bis spätestens einen Tag vor der Versammlung, d. h. bis spätestens zum 10. Mai 2021, 24:00 Uhr, wie in der Einladung beschrieben im Wege elektronischer Kommunikation unter Angabe der Nummer der Stimmrechtskarte über das unter www.lew.de/hauptversammlung aufrufbare elektronische System (HV-Portal) einzureichen. Während der Hauptversammlung können keine Fragen gestellt werden.

Aktionäre haben ein Fragerecht. Der Vorstand kann jedoch nach pflichtgemäßem, freiem Ermessen entscheiden, wie er Fragen beantwortet.

Nach § 131 Absatz 3 des Aktiengesetzes darf der Vorstand die Auskunft verweigern,

1. soweit die Erteilung der Auskunft nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen einen nicht unerheblichen Nachteil zuzufügen,
2. soweit sie sich auf steuerliche Wertansätze und die Höhe einzelner Steuern bezieht,
3. über den Unterschied zwischen dem Wert, mit dem Gegenstände in der Jahresbilanz angesetzt worden sind, und einem höheren Wert dieser Gegenstände, es sei denn, dass die Hauptversammlung den Jahresabschluss feststellt,
4. über die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, soweit die Angabe dieser Methoden im Anhang ausreicht, um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft im Sinne des § 264 Absatz 2 des Handelsgesetzbuches zu vermitteln; dies gilt nicht, wenn die Hauptversammlung den Jahresabschluss feststellt,
5. soweit sich der Vorstand durch die Erteilung der Auskunft strafbar machen würde,
6. soweit die Auskunft auf der Internetseite der Gesellschaft über mindestens sieben Tage vor Beginn der Hauptversammlung und in der Hauptversammlung zugänglich ist.

Nach § 131 Absatz 3 Satz 2 des Aktiengesetzes darf die Auskunft aus anderen Gründen nicht verweigert werden.